

Das Rüstungsreferendum bringt mehr Demokratie ins EMD : die Unterschriftensammlung hat begonnen

Autor(en): **Lutz, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 12

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339779>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zialstaats bestehen tatsächlich dort, wo durch die übermässige Belastung entweder die Arbeitsmotivation des Einzelnen schwindet oder die Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft beeinträchtigt wird.

Die vorgeschlagenen Massnahmen könnten die soziale Sicherheit unserer Bevölkerung erheblich stärken. Zweifellos würden sie auch der sozialen Gerechtigkeit dienen. Doch muss man sich bewusst sein, dass man diesem Ideal wohl zustreben, es aber nie ganz erreichen wird. Der Sozialstaat wird nach Abschluss der jetzigen Ausbauphase nicht vollendet sein. Durch die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Entwicklung ergeben sich immer wieder neue soziale Probleme und Aufgaben. Sie müssen mit anderen Mitteln und Massnahmen angepackt werden. Sozialpolitik bleibt eine Daueraufgabe, die mit offenen Augen und im Willen, dem Mitmenschen zu dienen, geführt werden muss.

Abschliessend möchte ich auf eine Gewichtsverlagerung hinweisen, die mit dem Ausbau des Sozialstaats immer stärker in den Vordergrund dringt. Bisher wurden vor allem durch Versicherungen soziale Schäden gedeckt. Die Sozialpolitik sollte aber nicht nur zur Sicherung gefährdeter Menschen ein Netz von Massnahmen bereit stellen, sondern sie muss *präventiv die Entstehung sozialer Notlagen verhindern*. Als Beispiel seien genannt: Eingliederung geht vor Invalidenrenten, Unfall- und Krankheitsverhütung sind besser als Taggeldleistungen, Arbeitsbeschaffung muss Arbeitslosenunterstützung vorgezogen werden, Bildungsmassnahmen erlauben es den jungen Leuten sich aus eigenen Kräften durchzusetzen. Die Zukunftsaufgabe liegt somit in der möglichst weitgehenden Verhütung sozialer Schäden und Notlagen.



Aus «Frankfurter Rundschau»

Andreas Lutz

Das Rüstungsreferendum bringt mehr Demokratie ins EMD

Die Unterschriftensammlung hat begonnen

Seit November sammeln die Sektionen der SPS erstmals Unterschriften für das frisch lancierte Rüstungsreferendum. Die Zeit, die vom Entscheid am letzten Parteitag verstrich, hat nicht gegen, sondern eindeutig für dieses Thema gearbeitet. In Europa ist die Aufrüstungsfrage innert kürzester Zeit zum Spitzen-Politthema aufgerückt. Seit dem zweiten Weltkrieg gab es nie mehr eine Diskussion, die derart viele Menschen aller politischen Richtungen zu mobilisieren vermochte. Ein jahrzehntelang von Militärs und Exekutiven wohlbehütetes Thema ist öffentlich explodiert.

Kein SPS-Opportunismus

Man wird der Partei angesichts der langen Brütezeit dieser Initiative wohl den Vorwurf nicht machen können, wir hätten aus lauter Opportunismus zur neuen Friedensbewegung rasch einen fetten Hasen in den Topf

gelegt. Die gegnerischen Töne, vor allem aus den Küchen hoher Militärs und rechtsbürgerlicher Kreise, sind entweder eher vorsichtig oder abstrus.

Das Argument, der armeefeindliche Kurs in der SPS hätte mit dem Rüstungsreferendum wieder die Oberhand gewonnen, gehört zum vertrockneten Strauss von Strohblumen, die auch durch ständige Überreichung nicht wieder zu blühen beginnen. Die SPS steht bekanntlich noch auf dem Boden der Landesverteidigung. Wer Kritikfähigkeit mit Armeegegnerschaft verwechselt, der betrachtet die wehrpflichtigen Bürger als Armeefeinde. Und damit auch gerade noch den 1954 amtierenden, rein bürgerlichen Bundesrat (die SPS stand damals ausserhalb der Regierungsverantwortung), welcher damals ein Referendum für Rüstungskredite wohlwollend als taugliches Mittel mit «gutem Sinn» bezeichnete.

Wehrbereitschaft gefährdet?

Die Kritiker aus höhern Armeekreisen werfen der SPS vor, mit der Initiative die Wehrbereitschaft zu sabotieren. Dies stimmt schon vom Initiativtext her gesehen nicht. Er beschränkt sich bewusst darauf, nur Verpflichtungskredite, also Neubeschaffungen, Neuerwerbe von Land, Neuerstellung von Bauten sowie Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramme des EMD dem Referendum zu unterstellen. Ausserdem ist das Referendum fakultativ. Es würde nur bei sehr kontroversen Fragen, Flugzeugbeschaffungen, Panzerkäufen, Waffenplätzen etc. zur Anwendung kommen. Sämtliche laufende Kosten für die unmittelbare Kriegsbereitschaft der Armee, Unterhalt, Ausbildung, Instandhaltung des Materials, sind nicht referendumsfähig.

Ziemlich schwach ist auch das Argument, die Beschaffungen würden noch mehr verzögert und ausserdem sei schon das Parlament ausreichend in der Lage, die politische Kontrolle auszuüben. Beschaffungen militärischen Grossgeräts sind tatsächlich komplexe Geschäfte. Sie können Jahre dauern. Das ist aber auch schon jetzt der Fall. Seit den 60er Jahren suchen wir ein brauchbares Erdkampfflugzeug — es rückt in immer weitere Fernen, obwohl die Bekämpfung von Erdzielen zu den vorrangigen Aufgaben der Flugwaffe gehört — so steht es im Konzept vom 6. Juni 1966. Selbst die Beschaffung eines neuen Funkgerätes dauert schon 15 Jahre — auch ohne Mitbestimmung durch das Volk. Gemessen an diesen Zeiträumen ist es leicht komisch, wenn eine 90tägige Referendumsfrist als entscheidender Verzögerungspunkt von Beschaffungen aufgeführt wird.

EMD verhindert Parlamentskontrolle

Unsere parlamentarischen Militärkommissionen besitzen die «vertraulichsten» aller Akten aller Kommissionen des Parlaments. Das ist weniger eine Frage der Vertraulichkeit an sich, sondern des Gebrauchs (oder Missbrauchs) von derartigen Stempeln im EMD. Wem die höhere Weihe des Einsitzes in eine Militär-Kommission zuteil wird, der hat sich gegenüber der Fraktion gelegentlich in vornehmes Schweigen zu hüllen. Diese Taktik des EMD verhindert die parlamentarische Kontrolle. Wer, wie die SPS-Fraktion im Falle des Geschützes M-109, um Informationen bemüht ist, erhält vom EMD keine Auskünfte. Eine einfache Anfrage in den USA hat in diesem Fall genügt, um die wahren Sachverhalte in Preisfragen zu eruieren. Das Geschäft wurde, erstmals seit Jahren, vom Ständerat zurückgewiesen. Es erscheint jedoch als recht eigenartig, wenn die parlamentarische Kontrolle bei EMD-Geschäften nur über amerikanische Kioske möglich ist.

Ein gravierenderer Fall war die Vertuschung der Mängel des Panzers 68, auf die die SP-Fraktion schon 1972 hinwies. In einer Art von militärischer Hypnose, standen die bürgerlichen Fraktionen vor der offensichtlichen Verschleierung von wahren Sachverhalten. Es brauchte die Indiskretion hoher Militärbeamter, um die Wahrheit um den Panzer 68 Jahre später öffentlich bekannt zu machen.

Man muss kein Prophet sein um sagen zu können, dass ein Mitspracherecht des Volkes eine völlig neue Öffentlichkeitsarbeit des EMD erzwingen würde. Dies geschähe auch im Interesse der Verwaltung selbst, des Parlaments und schliesslich auch der Armee, die als Miliz-

armee unabdingbar von der Motivation der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes abhängig ist.

Rüstungsreferendum als sozialpolitische Sicherung

Im Zeitalter der knappen Finanzen und des, bei bürgerlichen Fraktionen beobachtbaren Trends, angelsächsische Muster der Staatsführung leichthin zu kopieren, weil es offenbar an eigenen Ideen mangelt, bedeutet ein Volksrecht im Militärbereich eine Sicherung gegen kommende Kürzungen der Sozialausgaben. Umfragen ergeben zwar die Bejahung der Landesverteidigung, aber ebenso deutlich den Missmut über wachsende Militärausgaben. Die Forderungen der Armeekreise sind auch nicht zimperlich. Bis 1993 sollen über 30 Milliarden Franken für Rüstungsausgaben verbutter werden. Viele werden den kommenden Beschaffungsvorlagen freudig zunicken, weil das Nicken die Wirbelsäule weniger belastet. Gegen sie muss die SPS eine politische Waffe in die Hand bekommen. Das Rüstungsreferendum eignet sich gut dazu. Eine härtere Auseinandersetzung hat sich im Parlament schon seit einigen Jahren angebahnt. Bankensteuer, Verkehrsabgaben, Reichtumssteuer waren die Forderungen. Wenn wir damit nicht durchkommen sollten, brauchen wir ein Instrument gegen die Beschränkung des Staates auf die Landesverteidigung. Das Plebiszit zu Rüstungsausgaben ist ein Mittel in diesem Verteilungskampf. Eine interne und öffentliche Diskussion über das Entwicklungskonzept der Landesverteidigung drängt sich aufgrund neuer technologischer Entwicklungen ebenfalls auf. Wir liegen gut mit unserer Initiative. Helfen wir alle mit, sie politisch zu realisieren.